

Postische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Besagte Abteilungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Geschießungsgeweihe usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein: Chefredakteur: Georg Bernhard Verarm.
Redakteur: Hans D. Handeltel: Carl Müsch, Berlin Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Vertriebs-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8000-2065,
für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3086-3098. Telegramm-
Adresse: Ullsteinan: Berlin Postverkehrsamt Berlin 904.

Vormarsch der Feuchten

Gundbrief der „Postischen Zeitung“

wach Nein Post, 20. März

Das Interimste der Reichsstaatsräte des Senats beschloß mit 4 gegen 1 Stimme, daß der Reichsausschuß die öffentliche Verwaltung über die Abänderung des Postgesetz-Ausnahme. Dabei sollen Feuchte und Prozedur je eine Woche festgehalten haben, dem Ausschuß für Material öffentlich vorzutragen. Die Begründungsgründe soll der vorliegende Gesetzentwurf über die Wiedereinführung des Gemeindebestimmungsrechts sein. Der Ausschluß kann vom Reichsausschuß aufgehoben werden, was jedoch unwahrscheinlich ist.

Krise in Peking

Kabeldienst der „Postischen Zeitung“

E. v. S. Peking, 20. März

In Peking wurde der Ausnahmestatus erklärt. Die Regierung beschloß die Besetzung der kommunikativen Mittelbehörden und Universitätsprofessoren. Eine Parteiführungsaktion hat eingeleitet. Die Zeitungen werden gesperrt. In der Stadt herrscht außerordentlich Ruhe. Die Truppen erreichen sich auf unterirdisch.

Bei den letzten blutigen Zusammenstößen wurden die Truppen und Studenten in Peking auf 50 Tote und 70 Verwundete. Das Kabinett beriet in einer besonderen Zusammenkunft über eine Depesche von Feng-Yu-chiang, worin er den Kaiserpräsidenten das Kabinett ablief wegen der Studentenunruhen und der Lebensgefahr. Das Kabinett beschloß seine Demission und reichte sie sofort dem Kaiserpräsidenten ein.

Frankreich vermindert die Dienstzeit

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“

Paris, 20. März

Reichsminister Painlevé teilte in der Wehrkommission der Kammer mit, daß er am Montag sein Reformgesetz einbringen werde. Es habe sich bezüglich demselben, eine Verkürzung der Dienstzeit auf 18 Monate vorgezogen, besinne aber, daß dies nur ein Übergang zur einjährigen Dienstzeit sei.

Englische Isolierungs-Beforgnisse

Der Prestigeverlust von Genf

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“

London, 20. März

Seit den schlimmsten Tagen der Aufregung in der Versammlung der deutschen Nationen hat in London noch tiefer die politische Depression geherrscht wie nach dem Genfer Beschlüssen, die von Parlament, Regierung und Presse als erste Säuberung des nationalen Prestiges empfunden wurden. Man fürchtet, daß die Genfer Vorgänge die Förderung der deutsch-englischen Beziehungen bringen werden. Mit dem System gegenüber der Neutralität beider Länder und der Neutralität der Schweiz, wie etwa bei dem Abbruch-Abkommen, erzeugt sofort eine englische Zwischenstellung.

Die Genfer Vorgänge werden in ihrer historischen Wirkung für die englische Politik noch unterirdisch durch die Stöhrerschaft der schlagendsten amerikanischen Unterstützung von Europa. Ein gewisses amerikanisches Prestigeverlust an Europa würde man in künftigen politischen Kreisen zwar ganz gern sehen, weil es England von dem moralischen Schloß befreien würde, bei der Vermittlung der französischen Schuld als politisches Instrument an den Instabilitäten des Weltmarktes Amerikas Mithilfe zu nehmen. Besonders schwer wiegt aber die Wahrscheinlichkeit, daß die amerikanische Isolierungspolitik auch auf die Zustimmung der bereits Lieder gewordenen Zusammenarbeit der anglo-amerikanischen Mächte in Ostasien auswirken werde, da die Union nicht mit dem Reich der Nationen gegen die englische Mithilfe mitarbeiten zu werden wünscht.

Für die englische Außenpolitik wäre es ein harter Schlag, wenn England sich zugleich in Europa zwischen den deutschen und französischen und in Ostasien zwischen den amerikanischen und japanischen Einfluß gestellt hätte. Diese doppelte Isolierung, ver-

Genfdebatte im Landtag

Deutschnationale Einmischungsmöbde

Im Reichstagen Landtag begann heute mittig die Aussprache über den Etat des Reichsausschusses. Zunächst hat der Reichstag über den Reichsausschuss und Kommunalen es für angebracht gehalten, die Gelegenheit zu ergreifen, um der Genf-Debatte des Reichstages zuvorzukommen. Es ist unangenehm, daß die beteiligten Parteien kein Verständnis für die Wirkung dieser Landtagsdebatte über außenpolitische Fragen haben. Wenn in den Hauptbüchern der Welt Berichte über eine Genf-Debatte aus Berlin erschienen, daß der päpstlich hat den verantwortlichen Faktoren zu prüfen, die Regierungsbürokratie zu prüfen, so muß diese vollkommenen Verzerrung darstellen. Kommen dann am Montag oder Dienstag neue Berichte, diesmal aus dem Reichstag, so wird die Verzerrung gefeiert und außerdem das Interesse für die entscheidende Auseinandersetzung geschwächt. Gegen diese Verfahren des Reichstages Landtag muß mit aller Entschiedenheit im Interesse des deutschen Staates und der deutschen Gesamtpolitik Einspruch erhoben werden.

Der erste Redner war der sozialdemokratische Abg. Feil, der sich darauf befriedigt, Preussens Unterstützung für die Reichspolitik zu bekräftigen.

Dann aber kamen die Deutschnationalen, die durch ihren Parteiführer ein formales Urteil abgeben ließen, die eine direkte Einmischung in die Reichspolitik herstellte.

Säßen wir, so heißt es in der Erklärung, eine Neuerung zu prüfen, die nicht eine reine Parteiregierung ist, dann dürfen wir erwarten, daß die Reichspolitik als die Vertretenen des größten deutschen Landes in jeder Beziehung der Nation ihren ganzen Einfluß im Reich dahin ausüben würde, das die Anknüpfung in den Völkerverbund so schnell als möglich zurückgenommen werde. (Sehr Zustimmung bei den Deutl.) Dies Vertrauen haben wir zu dieser Regierung nicht. Ich bitte, diese Erklärung als besondere Form des Mithilversprechens anzusehen. Die Zurücknahme des Aufnahmeforschens hätte

son in Genf erfolgen sollen, als unsere Vertreter sehen, daß der Zweck des deutschen Mithilversprechens, eine Form zu finden, wie man Polen in den Völkerverbund hineinzuverleihen könnte als Gegenpartei gegen Deutschland, um Deutschlands Teilnahme am Völkerverbund von vornherein zu unterbinden und Deutschlands Einfluß, namentlich zum Schutze deutscher Mithilarbeiten in anderen Ländern, von vornherein Mithillich zu machen. (Sehr großes Gehr bei den Deutl.) Eine direkte formale Zustimmung würde der einzig richtige Weg gewesen, um aus der Genf-Debatte von Genf herauszukommen. (Erneute Zustimmung.)

Wenn ich von Einmischungsmöbde spreche, so möchte ich das Verhalten und die Rolle unserer Vertreter in Genf nicht etwa als „traulich“ bezeichnen. Unserer Vertreter, die sehr Tage lang mit dem Gute in der Hand im Vorkammer gestanden haben, haben sich in Genf übergeben können, weil der Herr von Lacroix ausgesprochen hat in London selbst, wo ihre Vertreter hinter ihrem Rücken bereits Besprechungen über die Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund von vornherein für Deutschlands Einmischung hatten. (Sehr richtig bei den Deutl.) Man lese die englischen Stimmen über diese unfaire Seite des englischen Ministers. Ich erinnere daran, daß dieses unfaire Spiel dem englischen Minister in England selbst zum Vorwurf gemacht worden ist, und daß dieser Vorwurf in der ganzen Welt überhört hat. Ich erinnere an die Stimmen in Amerika, die das ganze Lacroixvertrauen einen Stich in das Herz Deutschlands nannten. (Sehr richtig bei den Deutl.)

Damit vergleihe man die Worte, die sowohl hier über den „deutschen und ausländischen Part“ von Lacroix. Die Minister, die die Opposition in ihrer Heimat führen, treffen ein Einverständnisabkommen, um ihrem Parlament gegenüber das Beste wahrzutun zu können. (Sehr richtig bei den Deutl.) Wir aber erweisen den schwersten Vorwurf gegen unsere Vertreter gerade wegen dieses Abkommens. Gelingen sie doch offenbar wieder die entscheidenden Bindungen einzuwirken zu sein, nachdem sie durch das oben erwähnte Eingehen auf die Verhandlungen hinter dem Rücken ihrer Ministerkollegen durch die Zustimmung zum Lacroixvertraue das ganze Unheil heraufzubringen haben.

Bei der ersten Sitzung abgelesen, stellen unser Feind, Spanien vertritt, die Beziehungen zu Südamerika gefährdet, aber als Hindernisse in das Mithilversprechens England und Frankreich, die sich schon seit Jahren Deutschlands gegenüber zu stellen, so stellt sich schließlich hinter und in Zukunft das recht tun werden. Polen aber — ich erinnere daran, daß wir freie Hand bekommen wollen! — Polen heute zu neuen Ansprüchen angefordert und nicht gelindert in diesen Grenzen.

Wir haben das Wort von Lacroix verurteilt, als es fertig war. (Sehr richtig bei den Deutl.) Dieser wurde es so gehalten gehalten! Wir haben die schwersten Beschuldigungen an die Lacroix-Vollzieher gestellt. Aber die ausweichende Phantasie hätte nicht ein Wort eines letzten Lacroixvertrauens zu sammeln können, wie wir es jetzt vor Augen haben. Eine neue Mithilversprechens solle von Lacroix ausgeben. Was war uns alles verprochen worden! Ja, eine neue Atmosphäre ist da; es ist die von Genf. Amerika, das bisher immer ausweichend dem Völkerverbund gegenüber stand, bekräftigt sich jetzt vor diesem Völkerverbund mit dem ganzen Inhalt des Genf, das er nicht haben. Wegen war die frühere „Lacroix-Vollzieher“ ein reines Hindernis! In den Verhandlungen am Anfang wurden wir nicht verachtet worden, wenn wir in dem Völkerverbund Mithilversprechens erzielten, in diesem Völkerverbund, eine weitere wichtige Beschuldigung gegen die Freiheit der Nationen darstellte. Ich hoffe, daß der preussische Reichspräsident durch seine Erklärungen dieses unser Mithilversprechens bestätigen und bestätigen wird. (Stimm. Beifall bei den Deutl.) — Nachfrage und Gegenüberstellungen links und in der Mitte.)

Der Sprecher des Reichstages, Abg. Feil, meinte, die Erläuterung der Debatte ist befriedigend, aber nur, wenn sie den Zweck habe, die Nationen des Reiches nicht außer zu führen. Die Zusammenfassung der Reichstages-Erklärung, welche die deutsche nationale Erklärung nicht anders dar, als eine falsche Erklärung. In die Verhandlungen richtete der Redner die Frage, was geschähe, wenn Deutschland entsprechend der Forderung sich Mithilversprechens in den Völkerverbund aufzulösen. Man möge über den Völkerverbund denken wie man will; durch den langen Krieg hat sämtliche internationalen Beziehungen Deutschlands zerstört worden; durch den Eintritt in den Völkerverbund können die so notwendigen Beziehungen wiederhergestellt werden. Der Redner betonte zum Schluß, daß seine Hoffnung die deutsche Außenpolitik unterließe. Die deutsche Außenpolitik, die deutsche Außenpolitik müssen sich erörtern.

Abg. Dr. Feilich (D. Sp.) wies mit Recht darauf hin, daß die auswärtige Politik nur Sache der verantwortlichen Leiter der Reichspolitik sein könne, da sie allein alle

